

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin=Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verfammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wir müssen vorbeugen!

Wir haben in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ auf eine Reihe Mängel hingewiesen, die sich in der Volksernährungsfrage während des Krieges gezeigt haben. Geht man diesen Dingen auf den Grund, so findet man, daß sie ihre Ursachen in dem zu späten behördlichen Eingreifen, in mangelhafter Organisation, dem Stehenbleiben mit einer Reihe Maßnahmen auf halbem Wege und der ungenügenden Berücksichtigung sozialpolitischer Gesichtspunkte haben. Eine klare Uebersicht über unsere Lebensmittelbestände bald nach Ausbruch des Krieges hätte uns vor später unliebsam empfundenen Einschränkungen bewahrt. Mangel und Ueberschuß hätten nicht miteinander abwechseln können, wie dies jetzt mit den Kartoffeln der Fall ist, so daß sogar öffentlich aufgefodert werden muß, möglichst viel Kartoffeln zu essen, damit sie nicht verderben. Hinter dem Dunkel der Unübersichtlichkeit unserer Lebensmittelvorräte konnte die Spekulation ihr bekanntes Treiben entfalten, wodurch so manche Bitterkeit gewedt wurde. Mit den Höchstpreisen blieb die Regierung auf halbem Wege stehen, sie schrieb sie nur für einen Teil, den Produzenten, vor, brachte sie vielfach nicht in ein wohlabgewogenes inneres Verhältnis zu einander, beim Handel aber ließ sie freie Hand. Die erforderlichen sozialpolitischen Gesichtspunkte, die unter den Geschwulsten der Zeit, den großen Opfern, die den Minderbemittelten damit auferlegt werden, betrachtet sein mußten, fanden nicht die gebührende Achtung und Berücksichtigung. Vielmehr machten sich einseitige Interesseneinflüsse in wirkungsvoller Weise bemerkbar. Ihr Einfluß war der stärkere, zum Nachteil der konsumierenden Bevölkerung.

Diese Mängel gilt es im neuen Erntejahr zu vermeiden. Der Krieg ist noch nicht zu Ende, wir wissen nicht ob wir einen zweiten Winterfeldzug erleben. Auf alle Fälle haben wir uns vorzubereiten. Ja selbst wenn der Krieg im Herbst sein Ende fände, bliebe uns immer noch die Pflicht für eine längere Zeit Vorsorge zu treffen, da es geräumere Zeit bedarf, bis die gesamte Lebensmittelversorgung wieder in ihr normales Geleise gebracht ist.

An Vorschlägen, wie wir das Lebensmittelproblem während der weiteren Dauer des Krieges anfassen sollen, damit es besser wird, fehlt es nicht. Eine Reihe großer Interessengruppen haben sich damit befaßt, worüber wir berichtet haben. Wir erinnern an die Vorgänge des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen und an die westdeutsche Konferenz der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine. Diese und die anderen Gruppen haben der Regierung ihre Vorschläge unterbreitet. In der Budgetkommission des Reichstages ist über die zu ergreifenden Massregeln beraten worden, die verstärkte Haushaltskommission des Preussischen Abgeordnetenhauses hat dies in noch umfassenderem Maße getan. Von den Wünschen der Reichsregierung ist inbeisem, abgesehen von allgemeinen Nebenwendungen, noch nichts bekannt geworden, und doch wäre dies, wie das auch von der Essener Konferenz gefordert wurde, notwendig, damit zu Einzelheiten Stellung genommen werden könnte.

Einigkeit scheint darüber zu bestehen, daß wir als Grundlage eine umfassende Bestandsaufnahme unserer Brotgetreide-, Kartoffel- und Futtermittelvorräte möglichst kurz nach der neuen Ernte benötigen. Daraus läßt sich die zweckentsprechende Einteilung und Verteilung aufbauen. Mit einer Ernteschätzung, worauf sich unsere heutige Erntestatistik aufbaut, wird nicht die Sicherheit erreicht, die erreicht werden muß. Jede Schätzung ist persönlichen Auffassungen und Stimmungen und allerhand Zufälligkeiten unterworfen, und daher nicht zuverlässig. Um eine möglichst lückenlose Bestandsaufnahme unserer neuen Ernteergebnisse zu erlangen, geht es ohne drastischen Maßnahmen nicht ab, das haben die vorausgegangenen Maßnahmen, ganz besonders die beiden Kartoffelbestandsaufnahmen ergeben. Wenn alle nicht angegebenen Bestände ohne jedes Entgelt der Beschlagnahme ver-

fallen, wird mancher sich halten, seinen dahingezielenden Willen durchzuführen. Wir sind aber auch der Ueberzeugung, daß ein anderes, und zwar zuverlässigeres Resultat über die Ertragnisse unserer neuen Kartoffelernte gewonnen wird, wenn dies der Kartoffelproduzent sofort bei der Ernte festzustellen und der Behörde zu übermitteln hat. Alle nachträglichen Feststellungen werden nicht dahin führen. Wenn dem Bestreben des Deutschen Landwirtschaftsrates und den mit diesen ziemlich gleichlaufenden Beschlüssen der Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses Rechnung getragen wird, die Feststellung der Erntevorräte und die Verteilung in der Hauptsache in die Kommunal- und Provinzialverbände zu legen, so wissen wir nicht, ob bei dem alsdann überragenden Produzentenreichtum die notwendige Objektivität gewahrt bleibt. Diese Befürchtung hegt auch der Deutsche Städtetag, der die vom Deutschen Landwirtschaftsrat geforderte Neuorganisation zur Feststellung und Verteilung der Erntevorräte ablehnt und die Aufrechterhaltung der Kriegsgetreidegesellschaft fordert.

Ob sich die Reichsregierung zu einer derartigen Bestandsaufnahme entschließt, steht zwar noch nicht fest, daran vorüber kommt sie nicht. Und wir müssen mit allem Nachdruck darauf drängen. Vorläufig hat die Regierung eine Statistik über die Anbaufläche der einzelnen Feldfrüchte angeordnet. Diese ist insofern zweckmäßig, weil sie Aufschluß darüber bringt, ob die vorhandenen Anbauflächen auch wirklich bebaut sind. Daraus lassen sich Schlüsse nach verschiedenen Richtungen ziehen.

Mit Ausnahme bestimmter Handelskreise besteht auch darüber kein Zweifel, daß wir die Beschlagnahme der Brotgetreide und Futtermittel, soweit sie nicht Hackfrüchte sind, ohne weiteres zu verfügen haben. Der Handel möchte auch seine Freiheit wieder haben. Er hat im verfloßenen Jahr nicht den vernünftigen Gebrauch von dieser Freiheit zu machen verstanden, um das Durchhalten mit unseren Vorräten aber auch absolut zu sichern, kommen wir an der Beschlagnahme und dem Rationensystem nicht vorbei. Zu fordern ist jedoch, daß die Brotrationen nicht schematisch gleich gestellt werden, sondern den schwerarbeitenden Personen ein größeres Quantum zugeteilt wird.

Die größten Unzuträglichkeiten haben sich aus der bisherigen Höchstpreispolitik ergeben. Hier muß ganze Arbeit gemacht werden. Nicht nur für den Produzenten, sondern auch für den Handel sind die Höchstpreise festzusetzen. Sie müssen aber auch in einem wohlgeordneten inneren Verhältnis zu einander stehen, damit es nicht kommt wie im verfloßenen Jahr, wo Roggen schließlich das billigste Futtermittel war. Daher sind die Höchstpreise auch für die Futtermittel notwendig, und im Verhältnis hierzu solche für Schweinefleisch. Da beim Schweinefleisch die Qualitätsunterschiede nur gering sind, beim Rindfleisch trifft das nicht zu, halten wir eine solche Preisfestsetzung durchaus für möglich. Die Städte geben ja auch die einzelnen Sorten ihrer Fleischwaren zu einem Einheitspreis ab.

Die verstärkte Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat einen Antrag angenommen, durch den die Königl. Staatsregierung aufgefordert wird, dahin zu wirken, „daß die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Zucker usw. so bemessen werden, daß ungerechtfertigte Gewinne des Handels, der verarbeitenden Gewerbe, der Bedarfs- und Uebernahmungskommunalverbände, sowie der Produzenten vermieden werden.“ Nun gehen die Meinungen über das, was ungerechtfertigte Gewinne sind, gewiß erheblich auseinander. Wir müssen aber verlangen, daß alle Höchstpreise nicht unter dem Gesichtswinkel bemessen werden, daß der Krieg einen besonderen Gewinn rechtfertige, sondern unter dem der Lasten, die unser Volk gemeinsam tragen soll. Die Not der Minderbemittelten muß der Maßstab sein, es gilt alle die schlimmen sittlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen zu bedenken, die aus der Nichtberücksichtigung dieses Gesichtspunktes entstehen. Es hat sich leider unter einem

großen Teil der vom Kriege hart betroffenen die Ueberzeugung herausgebildet, daß sich viel persönlicher Eigennutz trotz der Schwere der Zeit geltend macht und daß weite Erwerbschichten nur wenig guten Willen zeigen, den Armen die Last des täglichen Lebens zu erleichtern. Sie empfinden es bitter, daß Erwerbschichten auf der einen Seite ständig die Opfer anführen, die sie zu bringen hätten, auf der andern Seite aber die hohen Gewinne nicht erwähnen, um auf diese Weise Maßnahmen zu rechtfertigen, die man sonst nicht gut rechtfertigen kann. Wir denken da z. B. an die Kartoffelhöchstpreiserhöhung vom vergangenen Winter. Offenkundig befolgt die Reichsregierung den Beschluß der Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses, sie kann sich damit den Dank der breiten Volksschichten erwerben. Aus all den Erscheinungen der Zeit tritt aber auch das eine mit verstärkter Gewalt hervor, daß die Arbeiterklasse, überhaupt die breite Schicht der Minderbemittelten, eine stärkere Vertretung in den Einzellandtagen, insbesondere im preussischen Abgeordnetenhaus und in den Kommunen zu erstreben hat. Die starke Geltendmachung und Berücksichtigung der Produzenten- und Händlerinteressen beruht zu einem großen Teil auf ihrer Stärke in diesen Körperschaften, während die Konsumenten infolge ihres Nichtvorhandenseins nicht die genügende Beachtung finden.

Daher gilt es auch sich sowohl gegen die Bestrebungen des Deutschen Landwirtschaftsrates zu wenden, der bei Erledigung aller im Interesse unserer Volksernährung notwendigen Maßnahmen ein Uebergewicht der Produzenten herbeizuführen beabsichtigt, wie auch gegen die des Handels, der seine Freiheit wieder haben möchte. Dahinter sind bestimmte Interessen zu vermuten. Aber selbst, wenn sie ihre Aufgabe so erfüllten, daß keine Klage erhoben werden könnte, so wäre erst recht die Frage aufzuwerfen, warum wollt ihr dann diese Aufgabe nicht im gleichen Verhältnis mit euren übrigen Volksgenossen gemeinsam erledigen? Wir stimmen dem Deutschen Städtetag durchaus zu, der sich für die Beibehaltung der Kriegsgetreidegesellschaft ausspricht. Diese hat die für das Deutsche Volk so wichtige Frage der Brotmahrung unter schwierigsten Verhältnissen gelöst. Und diese Aufgabe war von einer genau so großen Bedeutung wie die Anordnungen des Generalstabs vor dem Feind. Warum neue Organisationen, wenn sich die alten ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt haben? Mit neuen Organisationen aber kommen neue Kinderkrankheiten, an solchen aber haben wir jetzt genug. Dem gilt es vorzubeugen. Wir alle haben unsere eigenen Interessen dem großen Interesse, dem Allgemeinwohl unterzuordnen. Nur soll auch das für alle gelten und nicht etwa nur für die Arbeiter beziehungsweise für die große Masse der minderbemittelten Konsumenten.

Rußland und die Ukraine

Die gegenwärtigen Kämpfe in Galizien lenken die Aufmerksamkeit auch hin auf ein sonst wenig beachtetes Gebiet, auf die Ukraine. Dort, wo jetzt die deutschen und österreichischen Truppen siegreich vordringen, beginnt das große Gebiet der Ukraine. Denn die Ukraine befindet sich nicht ausschließlich unter russischer Herrschaft, sondern auch 75 000 Quadratkilometer Galiziens sind ukrainischer Boden. Das ist freilich nur etwas mehr als ein Zehntel des ganzen ukrainischen Landes. Insgesamt umfaßt das von diesem Volke bewohnte Gebiet rund 700 000 Quadratkilometer. Es übertrifft also die Ausdehnung des Deutschen Reiches um mehr als 25 Prozent. Das von Ukrainern bewohnte Gebiet ist nach Westen hin begrenzt durch eine Linie, die ziemlich parallel der Weichsel von den Karpathen bis zum Gebiet nördlich des Bug mitten durch das Festlandsdreieck Warschau, Wladowgorod und Brest-Litowsk verläuft. Eine fast genau östlich gerichtete Linie von dem Gebiete Stomsk bis ins Dongebiet bildet die nördliche Grenze. Im Osten erreicht das ukrainische

land den Choper, einen Nebenfluß des Don, und reicht bis hinunter an den Kaukasus. Die südliche Linie ist bestimmt durch das Schwarze Meer, den Dniester und die Karpathen. Schon aus dieser Umgrenzung ergibt sich die ungeheuer wichtige Bedeutung der Ukraine für Rußland. Wohnen doch auf diesem Länderkomplex allein in seinem russischen Teil nicht weniger als 33 Millionen Ukrainer, nach einigen Schriftstellern sogar 38 Millionen. Das ist eine Bevölkerungsziffer, welche jene Italiens erheblich übertrifft.

Und diese Bevölkerung steht in allgemein kultureller Hinsicht über dem russischen Durchschnitt. Man darf eben niemals die Ukrainer als Volk mit den Kosakenmassen, die Rußland herangezogen hat, verwechseln. Diese letzteren sind eine militärische Kavalleriegattung, die aus den verschiedensten nationalen Elementen sich zusammensetzt. Unter jenen Kosaken, die sich durch ihre Grausamkeit berühmt gemacht haben, gibt es nur verhältnismäßig wenig Ukrainer. In größerer Zahl kommen Kosaken ukrainischer Abstammung nur am Kuban und am Terek vor. Die ukrainische Bevölkerung als solche ist seit alten Zeiten ackerbaureibend. Ehedem, bevor Rußland das Land an sich riß und immer mehr unterjochte, stand das Volk auf einer viel höheren Kulturstufe, als heute. Als Rußland noch ein völliger Barbarenstaat war, kamen in die Ukraine die starken Kultureinflüsse von Byzanz, und auch westeuropäische Kultur fand die Wege nach der Ukraine, besonders auf den Handelsstraßen, die von Deutschland aus nach Kiew liefen. Die Schriftsprache war vor der russischen Herrschaft weit verbreitet, das Schulwesen stark entwickelt. Wie bei anderen unterworfenen Völkern, bemühte sich die russische Regierung auch hier, die heimische Sprache zu unterdrücken und die geistige Kultur niederzuhalten. Sp kommt es, daß heute die meisten Menschen dieses sehr bildungsfähigen Volkes nicht lesen und schreiben können. Rußland wollte die geistige Kultur des Landes vernichten. Es ist dies zum Teil gelungen. In der mündlichen Ueberlieferung aber haben sich noch starke Reste alten Kulturgutes erhalten.

Wirtschaftlich betrachtet, ist die Ukraine für Rußland von unschätzbarem Werte. Fast könnte man sagen, daß hier das Rückgrat der russischen Volkswirtschaft liege. Hier sind die Kornkammern Rußlands. Die berühmte Schwarzerde im Süden ist von enormer Fruchtbarkeit. Neben vorzüglichem Weizen gedeihen Mais, Gerste und Hafer. Im Steppenlande werden Kürbisse, Melonen und Gurken gewonnen. Die Ukraine erzeugt allein halb soviel Getreide wie das ganze übrige Rußland mit seiner ungeheuren Ausdehnung zusammen. Daß die landwirtschaftliche Produktion bei entsprechender Verbesserung der Technik noch sehr steigerungsfähig ist, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Auch als Rohstofflieferant für die Industrie nimmt die Ukraine eine wichtige Stellung ein. Mehr als drei Viertel der ganzen Kohlenherzeugung Rußlands entfallen auf die Ukraine. Neben großen Salzlagern birgt der Boden Erdöl, viel Mangan und Eisen, auch Blei und Kupfer.

Handelspolitisch bedeutsam ist die Lage der Ukraine zum Meere. Im Süden grenzt sie ans Schwarze Meer und an das Nowische Meer. Die bedeutendsten Ströme Rußlands gehen durch dieses Land oder haben dort ihre Mündungen. Sie sind zum größten Teil weit hin schiffbar, nur der Bug wird erst kurz vor seiner Mündung schiffbar. Die Flußmündungen neigen zwar insolge des meist flachen Verlaufes der Küsten zur Versandung; doch hindert das nicht, daß Häfen von großer handelspolitischer Wichtigkeit sich an jenen Küsten finden. Man denke nur an Odessa, dessen Stellung als Welthandelshafen von Jahr zu Jahr bedeutender wird. Am Karsten erhellt die Bedeutung der ukrainischen Küstenstriche aus dem Anteil, den sie am Schiffsverkehr Rußlands haben. Die ein- und ausgelaufenen Schiffe, die den Handel mit dem Auslande vermitteln, hatten im Jahre 1909 an der baltischen und Weichmeerküste einen Tonnengehalt von 12, an der Küste des Schwarzen und Nowischen Meeres einen solchen von 14 Millionen. Bei der Küstenschiffahrt aber betrug der Tonnengehalt der ein- und ausgelaufenen Schiffe in den beiden südlichen Meeren 38 Millionen, in den beiden nördlichen Meeren dagegen nur den zehnten Teil dieser Summe. Das allein zeigt schon die ausschlaggebende Bedeutung der ukrainischen Gebiete für den Handel Rußlands.

Weltpolitisch betrachtet, ist die Ukraine für Rußland das Ausfallgebiet für seine Expansionsbestrebungen nach dem Balkan und nach Vorderasien. Würde jemals die Ukraine zu einem selbständigen Staatsgebilde außerhalb und im Gegensatz zu Rußland, so wäre es mit den russischen Ansprüchen auf dem Balkan und in Vorderasien vollkommen zu Ende. Die überwältigende Volkszahl des zarischen Reiches, die für die fernere geistliche Entwicklung Europas zu einer großen Gefahr werden muß, würde dann eine so scharfe Korrektur erfahren, daß ihr das Gefährliche auf Generationen hinaus benommen wäre. Ob jedoch die Zukunft wieder einen selbständigen ukrainischen Staat bringen wird, ist fraglich. Aus sich selbst heraus wird die Ukraine nicht zur Selbständigkeit gelangen können. Gewiß hat die Bevölkerung jener Gebiete nicht vergessen, daß der ehemals so mächtige ukrainische Staat von Rußland schmählich um seine Selbständigkeit gebracht worden ist. Nicht vergessen ist auch die blutige Unterdrückungspolitik Rußlands, die lange dauernde Herabdrückung der freien Bauern zu Leibeigenen und der einknickende Kampf des antiken Rußland gegen die einheitliche ukrainische Sprache. Tatsache ist ferner, daß die verschiedenen revolutionären Gärungen in Rußland in den ukrainischen Gebieten ihren Ursprung hatten. Ebenso ist es eine bezeichnende Erscheinung, daß in dem letzten Kriege die russische Regierung die in ukrainischer Sprache erscheinenden Zeitungen sofort unterdrückte. Das alles beweist jedoch nur, daß die Ukrainer gern das russische Joch abschütteln möchten. Daß sie aus eigener Kraft dazu imstande wären, erscheint unwahrscheinlich. Dazu fehlen der Ukraine sowohl die Mittel als auch eine entsprechend aufgeklärte Volksmasse. Die Niederhaltung der Volksbildung durch die russische Regierung hat ja gerade zum Zwecke gehabt, den Selbständigkeitsgelüsten dieses Volkes vorzubeugen. Die Gebildeten allein aber,

die ja seit langem auf die Erlangung der Selbständigkeit hinarbeiten, dürften wohl machtlos sein. Nur von außen her könnte die Selbständigkeit der Ukraine verwirklicht und damit dem russischen Imperialismus der stärkste Niegel vorgeschoben werden. In einem solchen Falle würde der russische Koloss an seiner empfindlichsten Stelle getroffen. Er würde zu einem binnenländischen Tafeit verurteilt werden. All die Beunruhigung, die seit Menschengedenken die osteuropäische Frage über die Welt gebracht hat, würde dann schwinden. Die Ukrainer selbst würden rasch wieder in kultureller Hinsicht emporsteigen, sobald der fast unerträgliche Druck des moskowsischen Regiments von ihnen genommen wäre.

Rußland kennt sehr wohl die Gefahr, die ihm von einer selbständigen Ukraine droht. Darum geht es mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen jene ukrainischen Kreise vor, welche als Träger des Unabhängigkeitsgebankens gelten können. Darum suchte es in diesem Kriege als erstes Ziel der österreichischen Doppelmonarchie die ukrainischen Gebiete zu entreißen, um über alle Ukrainer herrschen zu können. Mit größter Zähigkeit wird Rußland gerade diese Gebiete zu halten suchen. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt: Rußlands Großmachstellung steht und fällt mit der Ukraine.

Allgemeines

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen: **Johann Krause** und **Paul Zaskalst**, Mitglieder der Zahlstelle Jopyot; **Hermann Lennarz**, Mitglied der Zahlstelle Eöln; **Johann Iblowski**, Mitglied der Zahlstelle Gelsenkirchen; **Georg Höfer**, Mitglied der Verwaltungsstelle Essen; **Jos. Starl**, Mitglied der Zahlstelle Amberg. Kollege Unteroffizier **Starl** erhielt außerdem das Militärverdienstkreuz III. Klasse mit Krone und Schwertern. Unsern Glückwunsch.

Christliche Gewerkschaften im Kriegsjahr 1914. In den graphischen Gewerben haben sich die Folgen des Krieges in besonders starker Weise bemerkbar gemacht. Das zeigt auch der Jahresbericht des Graphischen Zentralverbandes (christlich-nationale Arbeiterorganisation). Von den 2700 Mitgliedern am Jahresanfang verblieben dem Verband bis zum Jahresende noch 1600 Mitglieder. Etwa 600 Kameraden standen unter den Fahnen, die anderen in dem Verlust entlassenen Mitglieder sind aus sonstigen Gründen abgesplittet. An Wochenbeiträgen gingen im letzten Jahre 41 000 M ein gegen 55 000 M im Jahre vorher. Für Unterstützungen wurden insgesamt 31 278 M ausgezahlt; darunter 15 200 M Arbeitslosenunterstützung, 7700 M Krankengeld, 2000 M Militärunterstützung. Im ersten Halbjahr (vor dem Kriege) wurden über 4600 M Maßregelungsunterstützung ausgegeben. Diese hohe Summe erklärt sich daraus, daß eine Firma in Düren durch Massenmaßregelungen die Organisation zu unterbrechen suchte, was jedoch nicht gelungen ist. Der Graphische Zentralverband verfügte am Jahresschluß über ein Verbandsvermögen von 35 928 M. Er war mit 1280 Mitgliedern an 30 Tarifverträgen beteiligt, die sich auf über 600 Betriebe erstreckten.

Echt Karloffeln. Das Volkliche Telegraphenbureau veröffentlicht folgenden Aufruf: „Es ist bekannt, daß wir glücklicherweise noch reichlich Karloffeln haben. Es ist aber jetzt die Zeit,

Bestag es nicht, wenn oft mit Beben
Ein Sturm uns durch die Seele brandt;
Denn welches und gesundes Leben
Das schwebet seine starke Faust.
Wie in den grünen Blättern allen
In sonnenteifem Laubgeäst:
Was wellt in uns, das mag nun fallen,
Was grünt, hält auch im Sturme fest.

Carl Stiefel.

Feldpostbrief

Galizien, im Juni 1915.

Lieber Freund!

Es ist nun schon wieder eine geraume Zeit her, daß ich an Dich einen Brief geschrieben habe. Den letzten Brief erhieltst Du aus Widgen, worin ich Dir die von uns verrichteten Arbeiten in Polen schilderte. Jetzt sind wir bereits in Galizien, wo es für uns sehr viel zu tun gibt. Noch bevor wir mit unseren in Kolossele ausgeführten Arbeiten fertig waren, bekam die Kompanie den Befehl, sich marschbereit zu halten. Am 15. Mai setzte sich unser Bataillon in Bewegung. Es ging über Petrosch, Hohenbrunn, Krasnow. In Odoicem, der Hebergungsstation, wurde Mittag gegessen und Koffer eingepackt. Am 16. Mai gegen 4 1/2 Uhr nachmittags hatten wir Krakau erreicht. Von hier hatte ich an Euch eine Karte geschrieben. Aufschluß hatten wir nicht; nur konnten wir aus dem Tage heraussehen, daß die Stellung uns nicht sehr gut und unangenehm, Unterständen nicht sehr gut war. Es ging weiter nach Krakau, von hier nach Stry. In unser Bataillon waren ca. 110 Mann. Wir waren dort bis zum 17. Mai in Richtung Jassy. In zwei Unterständen geschritten. Um 12 Uhr es die Kompanie der letzten Unterstände. Am 18. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 19. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 20. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 21. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 22. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 23. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 24. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 25. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 26. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 27. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 28. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 29. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 30. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 31. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht.

ist das Gelände so bergig, daß schon bei unserem geteilten Bauzug eine Maschine vorn ziehen und eine hinten drücken muß. Auf der Station Wolosuzaneta mußte unser Zug wegen Ueberlastung der Strecke warten. Auch wurden mehrere Munitionstransporte, deren Beförderung bringend war, vorgehalten. So hatten wir Gelegenheit, die Schützengräben, Unterstände usw., die mit der großen Schlacht Zarnow-Gorlice, und somit zur Verdrängung der Russen aus Galizien in Verbindung standen, zu besichtigen. Es muß ein erbitterter Kampf gewesen sein. Die zum Teil eingefallenen Unterstände, die geschossenen Häuser, auch die Kirche war sehr stark mitgenommen, desgl. die vielen Gräber, legten Zeugnis davon ab. In Jagorzany angekommen, wurde unser Zug abgestellt, d. h. die Kompanie erhielt erst neue Befehle zur Weiterfahrt. Der Hauptmann ließ die Kompanie um 1/2 Uhr nachmittags antreten und führte uns nach dem nahen Schlachtfeld Gorlice. Hier sahen wir Verwüstungen, wie sie unser Auge noch nicht gesehen hatte. Sämtliche Häuser waren niedergelegt. Die Kirchhofsmauer war so abgetragen und ausgehöhlet, daß sie für die Russen als Unterstand diente. Kein Wunder, daß dadurch der Kirchhof durch das Einschlagen der Geschosse vollständig ungenutzbar wurde. Viele frische Gräber sind hinzugekommen. Es ist ferner zu bemerken, wenn man hören muß, daß nach dem die Oesterreicher bereits sechs mal den Sturm angegriffen hatten und die Stellung als unannehmbar erachteten, sich unsere Garde im Verein mit zwei Linienregimentern hier durchgeschlagen hat. Es wird erzählt, daß verschiedene Russen durch die Einwirkung des Einschlagens der Geschosse wahnsinnig geworden seien. Am 20. Mai fuhren wir von Jagorzany weiter in der Richtung auf Jassy. Als wir in Stryzow ankamen, mußten wir unseren Bataillon verlassen, da von hier aus die Strecke gefährlich und die Brücken gesprengt waren. Wir marschierten von 1/2 Uhr aufwärts, bergiger und dunkler wurde es bis 12 Uhr nachts, als wir in Krakau an der Kompanie in Krakau ankamen. Am 21. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 22. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 23. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 24. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 25. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 26. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 27. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 28. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 29. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 30. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht. Am 31. Mai gegen 12 Uhr hatten wir in Krakau erreicht.

lager auf. Am anderen Morgen um 4 Uhr war Antreten und Einteilen der Kompanie in verschiedene Trupps. Von Krakau aus war die Strecke bis Boguchwala auszubessern, da die Russen sehr viel gesprengt hatten. Wir setzten unseren Marsch bis etwa halbwegs Boguchwala, wo der größte Teil der Kompanie quartierte, fort, und fanden auf einem Gutshof in Kutorsch Unterkunft. Sonnabend, den 22. Mai, hatten wir unsere Ausbesserungsarbeiten beendet. Um 6 Uhr abends fuhr schon der erste Zug per Schienenauto mit Munition nach Krasnow. Am 23. Mai, Pfingstsonntag, marschierten wir um 6 Uhr früh zur Kompanie nach Boguchwala. Von dort ging es mit Sturmgewehr in geschlossener Kompanie nach Krasnow. Krasnow war Fliegerstation. Hier herrschte reger Verkehr. Eine Abteilung von uns nahm die Ausbesserungsarbeiten an den Gleisen auf Bahnhof Krasnow selbst auf. Der andere Teil, darunter auch ich, mußte am nächsten Morgen (2. Pfingstfeiertag) 38 Kilometer zu Fuß nach Przemysl laufen. Unterwegs auf halbem Wege (Lancut) wurde abgelockt. Von hier ging es um 1/4 Uhr weiter. Przemysl erreichten wir gegen 8 Uhr abends. Trotz des anstrengenden Marsches waren wir alle noch wohllauf, und mancher Biß, der unterwegs gemacht wurde, erhöhte die Stimmung und spornete wieder an. Die erste Nacht brachten wir auf dem kalten Fußboden zu. Am nächsten Tage wurde für Stroh Sorge getragen. Nicht vor dem Bahnhof waren vier große eiserne Brücken, ca. 45 Meter Spannweite, gesprengt, zwei führten über einen Fluß, die Kiczka; die anderen beiden über einen Landdurchgang. Die letzteren beiden Brücken wurden, da dieselben noch fest auf einem Endauflager ruhten, mittels Winden von der R. E. S. 31 gehoben und wiederhergestellt. Unsere Kompanie, welche die Brücken über die Kiczka zu bauen hatte, konnte nur eine Brücke wieder in die richtige Lage bringen; die andere lag so unglücklich, daß ein Heben mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Dieselbe mußte durch eine Holzbrücke ersetzt werden, welche in einer Höhe von ca. 27 Meter über dem Wasserspiegel der Kiczka

wo sie durch Anstreifen schwinden und durch Käufnis verderben. Zwar werden mit allen verfügbaren Vorrichtungen Dauervorräte hergestellt; aber das genügt nicht; im nicht kostbare Nahrungsmittel vergehen zu lassen, müssen sehr viel Kartoffeln frisch verzehrt werden. Wenn wir im Abendessen Kartoffeln kochen, sparen wir an Brot, also an Getreide; dieses aber ist haltbar und wird eine wertvolle Reserve für den Winter.

Kocht viel Kartoffeln und ein wenig fettes Fleisch mit ungen Gemüse (zum Beispiel Spinat, Kohlrabi, Möstingpohl, Möhren, Gurken) zusammen, die dadurch großen Nährwert erlangen, kocht Kartoffeln mit frischem See- oder Meereswasser, Salzessig oder Salzhering, eßt Kartoffel- oder Fruchtsuppe (Pflaumenmus, Rhabarber, Stachelbeeren) oder kalt in Buttermilch, bereitet Kartoffelsalat, saure Kartoffeln mit brauner Sauce, mit Senf, Meerrettich, Dill- oder anderen Kräutertunken.

Man kann Kartoffeln zu sehr viel Schmackhaften, nahrhaften und billigen Gerichten verwenden, auch wenn man an Fleisch und Fett spart. Sie brauchen also nicht zu verderben.

So weit der Aufruf. Also eßt Kartoffeln! Den Winter waren bekanntlich infolge der spekulativen Zurückhaltung keine zu haben. Wenn die Zeit nicht zu ernst wäre, würde man sagen, behaltet nun eure Kartoffeln selbst, eßt sie auch selbst, wir verzichten darauf. Wenn die Regierung diesen Kreislauf nun auch noch besprungen sollte, indem sie Frühkartoffeln von der Einfuhr zurückhielt, dann könnte man dafür wirklich kein Verständnis aufbringen.

Kriegsruftung im Tiefbaugewerbe. Die Bezirksgruppe Süddeutschland des Tiefbauarbeitgeberbundes für Deutschland hat an die Tiefbaufirmen folgendes Rundschreiben versandt:

Der Tiefbau-Arbeitgeberbund für Deutschland E. V., Berlin, hat Ihnen bereits mit Rundschreiben vom Juni und November 1914 sein Bestehen und seine Bestrebungen mitgeteilt und den Beitritt, sowohl in Ihrem eigenen Interesse, wie auch demjenigen des Tiefbaugewerbes dringend empfohlen. Die Verhältnisse seit jener Zeit und heute haben sich nicht zugunsten der Arbeitgeber verändert. Umstände aller Art und nicht zum geringsten die derzeitige Kriegslage hatten vielmehr eine scharfe Aufwärtsbewegung der Löhne zur Folge gehabt. — Es steht mit aller Bestimmtheit zu erwarten, daß, besonders durch das Fehlen geeigneter ausländischer Arbeiter, diese Lohnsteigerungen nach dem Kriege von den Gewerkschaften mit allem Nachdruck gefördert werden und dahin gestrebt wird, die heute noch nicht tarifierten Arbeiter, wozu die Erdarbeiter gehören, in die Organisationsaufnahmen aufzunehmen. Das bedeutet für den Tiefbauunternehmer wirtschaftlich eine Gefahr und eine neue drückende Belastung im Kampf um sein Dasein.

Dem kann nur mit einer einmütigen Abwehr von Seiten der Arbeitgeber des Tiefbaugewerbes erfolgreich entgegengetreten werden...

Um nun eine sachgemäße, allen Verhältnissen gerecht werdende Organisation ins Leben zu rufen, ist von Seiten des Arbeitgeberbundes für Deutschland E. V. angeordnet worden, Bezirksgruppen zu schaffen und diesen bestimmte Landesteile zur eingehenden Bearbeitung und Wahrnehmung der Mitgliederinteressen zu übertragen.

Zu diesem Zwecke hat sich die „Bezirksgruppe Süddeutschland“ gebildet, welche Bayern und die Bayer. Rheinpfalz, Württemberg und Hohenzollern, Baden, Hessen, Pfalz, Nassau und die Reichslande umfaßt und an deren Spitze der unterzeichnete Vorstand steht, welcher zum besonders gründlichen Studium der Verhältnisse in den ihm zugeteilten Bundesstaaten. Vertrauensmänner als Geschäftsleiter aufgestellt hat. Dieser Bezirksgruppe Süddeutschland steht also in erster Linie die Behauptung

hinweggeführt. Fast Tag und Nacht haben wir hier gearbeitet. Und wenn einer, wie wir als Handwerker, unsere ganze Kraft einsetzen und von morgens 3 Uhr resp. 4 Uhr bis abends 8 Uhr angestrengt arbeiten, dann wirst Du auch wissen, was wir geleistet haben. Die Holzbrücke war am 1. Juni abends 10 Uhr, mit Hilfe einer Abseilung der H. E. B. R. ... und uns zur Verfügung gestellten deutschen Russen, welche den Materialtransport zu bewältigen hatten, fertiggestellt. Vollbetonete und leere Röhren jetzt unauffällig drüber hinweg. Die andere Brücke geht ihrer Vollendung entgegen, daß bald der Betrieb Krakau—Larnow—Keszow—Krowork—Jaroslau zweigleisig aufgenommen werden kann; leider haben wir auch einen Unglücksfall zu beklagen, der sich insofern als ein Landwehrmannes übertragener hat. Er kam mit Beinbruch und etlichen Wunden davon. Du wirst nun selbst erfahren, was wir schaffen, und auch entschuldigen, daß ich so lange nicht geschrieben habe. Auch diesen Brief war mir nur möglich zu schreiben, da ich jetzt einen Jüngertrupp habe, der des Nachts arbeitet, und ich so bei Tage, anstatt des Schlafes, die Zeit opfere, um an Dich etliche Zeilen zu berichten. Mögen auch alle Kollegen in der Heimat, die von alledem nichts wissen, so opfertwillig sein und immer wieder mit neuem Mut unserer guten Sache dienen. Es erweckt in mir großen Stolz, wenn ich in der „Baugewerkschaft“ lesen kann, wie die Verbandsstätigkeit im Kriege, auch legendreich im Kriege gewirkt hat und weitere Früchte trägt. Kollegen! Laßt diesen Stammesbaum, zu dessen Gedeihen wir auch mit beigetragen haben, nicht eingehen, sondern führt ihm immer wieder neue Kräfte zu. So wie im Felde die lichten Reihen durch neue Kräfte ersetzt werden, so fällt im Verband die entfallenden Lücken. So wie hier keiner vor zu bringenben Opfern zurückzudenken darf, und koste es das Leben, so erweist uns hier draußen mit Eurer Arbeit und Opfertätigkeit innerhalb der Organisation. Und nun sei nochmals gegrüßt von einem

Euer Ernst

aller Tariflohnfragen in genannten Gebieten für den Tiefbau-Arbeitgeberbund zu.“ Wir brauchen diesem Rundschreiben nichts hinzuzufügen, es spricht so für sich selbst, daß leicht die entsprechenden Reaktionen zu ziehen sind.

Lohnbewegungen des Reichsverbandes der Gatt- hausangehörten im Jahre 1914. Im Gattwirtschaftsgewerbe besteht die Entlohnung der Angestellten vorwiegend aus dem Trinkgeld. Die Unternehmer glauben die Entlohnung ihrer Angestellten auf das Publikum abwälzen zu müssen. Schon aus diesem Grunde stoßen die Lohnbewegungen auf große Schwierigkeiten. Die Organisation ist sich darüber klar, daß ein ausreichender Lohn nicht von heute auf morgen gefordert und erreicht werden kann. Nichtsdestoweniger aber wird das Endziel im Auge behalten, daß auch die Unternehmer des Gattwirtschaftsgewerbes ihre Angestellten in auskömmlicher Weise zu entlohnen haben. Durch Einführung fester Löhne und Erhöhung bestehender, soll diesem Endziel nähergerückt werden. Im Jahre 1914 kommen nur sieben Monate für Lohnbewegungen in Betracht. Ein Teil der Bewegungen mußte mit Beginn des Krieges eingestellt werden. 54 eingeleitete Bewegungen waren ganz oder teilweise erfolgreich, während drei ohne Erfolg verliefen. Fünf Bewegungen führten zur Arbeitsniederlegung. An den Bewegungen waren insgesamt 330 Personen beteiligt, wovon 724 Mitglieder des Verbandes waren. Die materiellen Erfolge betragen für die Mitglieder des Verbandes 58 325 % pro Jahr. In 51 Betrieben kam es zu Vertragsabschlüssen mit der Organisation. Von diesen Verträgen laufen 36 für die Dauer von zwei Jahren, 12 auf die Dauer von einem Jahr und drei auf unbestimmte Zeitdauer bei festgelegter Kündigung. Bei 23 Bewegungen wurden auch noch sonstige Verbesserungen erzielt, so: Beseitigung von Abgaben an den Betrieb, Gewährung von Urlaub, Beseitigung der Kost unter Varentschädigung, geregelte Mittagspausen, Abschaffung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung für die Betriebe usw. Für das Jahr 1915 wurden trotz der durch den Krieg bestehenden Schwierigkeiten in einer Reihe von Betrieben vorgenommene Lohn- erhöhungen durch die Tätigkeit der Organisation aufgehoben. Auch gelang es, in 12 Betrieben, die im Vertragsverhältnis mit der Organisation stehen, Lohn- erhöhungen, bzw. Teuerungszulagen durchzusetzen, die für jeden Beteiligten 5—20 % im Monat betragen.

Der Wiederaufbau Ostpreußens

Unter dem Titel: „Die Bautätigkeit in der Provinz Ostpreußen wird reger“ schreibt die „Ostpreussische Ztg.“: Zunächst sind mehrere fiskalische Arbeiten in Allenstein, Tilsit und Marienau auszuführen. Es werden ferner errichtet ein Empfangsgebäude in Köpeln sowie mehrere Familienhäuser dort und auf den Bahnhöfen Bischofsheim, Heilsberg und Kreimarkt. Er- artige Bauten entstehen auch in Labiau, H. Gnie und Sandau. Auf Bahnhöfen Argentinien bei Tilsit wird ein Vierfamilienhaus mit kleineren Neben- gebäuden angeführt. Die Gemeinde Gr. Neuhof liegt im Kreise Fischhausen beginnt den Neubau einer Kirche. Um den zurückkehrenden Bewohnern von Schirwindt ein Obdach zu gewähren, sind von Seiten der Stadt vor- läufig etwa 50 Wohnbaracken geplant. Für Ortels- burg ist ein neuer Stadtbauungsplan von Professor Möhring-Berlin ausgearbeitet. Die Straße zur Burg, die jetzt in Trümmern liegt, erhält eine gerade Richtung und wird zwei Meter breiter angelegt. In ihr werden Seminar und Gymnasium die Hauptzierden sein. Das neue Stadt- schulgebäude soll in den Burgarten kommen. Mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebäude in Soldau wird jetzt begonnen. U. a. beabsichtigt der Magistrat eine An- zahl Baracken für Verwundeten zu errichten, um den Handel zu beleben. Der Neubau von etwa acht Geschäfts- und Wohnhäusern in Darkehmen wird noch in die ein- Monat in Angriff genommen. In Eydtkuhnen sind im Bau die Sanierungsarbeiten, der Schlachthof mit Milch- anlage und mehrere Baracken. In Ursdorf (Kreis Braunsberg) ist der Neubau eines Schulhauses mit Lehr- wohnungen in Ausführung. In Allenstein wird in mehrere Einfamilienhäusern erbaut. Gerbuden und Tapiau haben im neuen Stadtplan ein Garten- viertel vorgesehen, wofür in Tapiau 21000 % vorge- sehen sind und fast ebensowiel in Gerbuden. Hier ist der Bau von Einfamilienhäusern mit zwei, drei oder vier Zimmern, Stall und Garten- und Ackerland von 1/2 bis 5 Morgen vorgesehen. Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen werden in verschiedenen Ge- meinden Wirtschaftsgebäude ausgeschrieben. Für Aus- besserung des städtischen Elektrizitätswertes in Allen- stein bewilligte die Stadtverordneten 24000 %. In J. n. f. h. u. r. g. stehen in der Verbindung zwischen Stab- und Luisenstraße mehrere Wohnhäuser vor der Voll- endung. Der Turm auf der Reformierten Kirche in Gumbinnen ist beinahe fertig. Einige andere Bauten sind noch zu vollenden. Der Bau einer Infanterie- kaserne in Löben an der Angerbürger Chaussee schreitet rüstig vorwärts. Weitere Arbeiten in der Provinz werden gegenwärtig ausgeschrieben. Auch alle Anstaltungs- arbeiten in den zerstörten Gemeinden sind noch nicht be- endet.

Weitere Antworten auf Eingaben der Kriegsarbeitgemeinschaft

Büfen. Die Baubehörde: Die vom Reichsbund bau- gewerblicher Arbeitsverbände und dem Deutschen Bau- arbeiterverband an die gesetzgebenden Körperschaften der deutschen Bundesstaaten versandte Eingabe vom 31. Ok- tober 1914 und eine die gleichen Ziele verfolgende Ein- gabe des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Berlin, der Provinz „Bauhütte“ zu Siedel, des hiesigen

Verbandes der Zimmerer und des hiesigen Verbandes der Bauarbeiter vom 15. Dezember 1914 an den Senat sind von diesem an die Baubehörde zur Erledigung ab- gegeben worden. Daraufhin haben Vertreter der Bau- behörde mit den Unterzeichnern der Eingabe vom 15. De- zember am 23. Dezember eine Besprechung gehabt, die zu einem Einverständnis über diejenigen Maßnahmen geführt hat, die in Lübeck zur Milderung des Notstandes möglich und zweckmäßig erschienen. Diese Maßnahmen sind, soweit es der durch militärische Einberufungen sehr geschwächte Beamtenkörper der Baubehörde gestattet, teils bereits ausgeführt, teils in die Wege geleitet worden.

Hessen. Großherzoglich Hessisches Ministerium der Finanzen, Abteilung für Bauwesen: Auf die Eingabe an Großh. Staatsministerium vom 1. März dieses Jahres geben wir Ihnen von der aus der Anlage ersichtlichen Anweisung an die uns unterstellten Behörden Kenntnis.

Anlage: An sämtliche unterstellten Behörden einschließlich des Großh. Kreisbauinspektoren.

Um vermehrte Arbeitsgelegenheit im Kriege zu schaffen, haben die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeit- nehmerverbände des Baugewerbes eine Kriegsarbets- gemeinschaft für das Deutsche Reich mit einer Anzahl Bezirks- und Ortsausschüssen gebildet. Der Bezirksausschuß für das Großherzogtum Hessen hat seinen Sitz in Frankfurt a. M.; ferner bestehen in den größeren und mittleren Städten Ortsausschüsse, so in Darmstadt, Mainz, Offenbach, Friedberg u. s. f. In den hiesigen vorliegenden Eingaben werden neben der Bitte um Beschleunigung genehmigter und gestauter Bauausführungen verschiedene Wünsche hinsichtlich des Verfahrens bei demnächstigen Arbeitsvergaben vor- getragen. Es handelt sich namentlich um Verzinsung des einheimischen leistungsfähigen Gewerbes und seiner Ortsverbände, um Ausschluß von Schleuderangeboten, gründliche Veranschlagung auch im Hinblick auf die zur- zeit erhöhten Herstellungskosten und auf die Arbeiter- schutzbeiträge, um die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Einhaltung der tariflichen und ortslässlichen Arbeitsbedin- gungen, sowie um gleichmäßige Verteilung der Arbeiten. Diesen Gesichtspunkten ist zwar in dem Verbindungser- laß von 1903 und seinen Ausführungsvorschriften schon Rechnung getragen. Bei der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage erscheint es uns jedoch angebracht, Ihre Augenmerk besonders darauf hinzulenken und Ihnen zu empfehlen, bei Vergebung der Bauarbeiten und Lieferun- gen alle zur Erhaltung des ortsanfässigen und leistungsfähigen Handwerkes getroffenen Anordnungen einzuhalten und gegebenenfalls hierbei auch mit den bestehenden handwerklichen Einrichtungen (Ortsausschüssen u. s. f.) in geeigneter Weise Rücksicht zu nehmen.

Pfalz. Fürstlich Bippischer Staatsministe- rium: Der Kriegsarbeitgemeinschaft erwidert das Staatsministerium, daß den in der Eingabe vom 31. Ok- tober vorigen Jahres ausgesprochenen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen wird.

Bayern. R. Bayer. Staatsministerium des Innern: Ihre Eingabe vom 31. Oktober 1914, die eine ausdrückliche Beisehung nicht erbat, vielmehr als all- gemeine Anregung zu betrachten war, wurde mit den übrigen Eingaben von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer- vereinigungen des Baugewerbes eingehend gewürdigt und blieb bei den Maßnahmen der Staatsregierung nicht unberücksichtigt. Die Ziele der Bestrebungen der Staats- regierung wollen Sie aus der in Abdruck beiliegenden Ent- scheidung von heute an den Bezirksausschuß der Kriegs- arbeitsgemeinschaft für die Pfalz erflehen.

Anlage: An den Bezirksausschuß der Kriegsarbeitgemeinschaft der Pfalz.

Von der Bildung der Kriegsarbeitgemeinschaften des Baugewerbes und ihrer bisherigen verdienstlichen Wir- ksamkeit hat die Staatsregierung mit Genugtuung Kenntnis genommen. Die Verbände, die sich in solcher Weise zu einträchtiger Förderung und Schonung der gegenseitigen Interessen und zur Erhaltung des Tariffriedens ver- bänden, haben sich damit nicht gering zu schätzende Verdienste auch um das Vaterland erworben.

Zu den einzelnen Darlegungen des pfälzischen Bezirks- ausschusses der Kriegsarbeitgemeinschaft bemerke ich im Einklang mit den übrigen beteiligten Staats- ministerien: Der Bitte, daß die durch den Haushaltungsplan ge- nehmigten öffentlichen Bauten mit Beschleunigung aus- geführt, dann daß weitere Mittel bereitgestellt werden, end- lich, daß auch für Bauarbeiten nach dem Kriege Vorkeh- rungen getroffen werden, ist, soweit der Staat selbst als Auftraggeber in Betracht kommt, bereits in weitem Umfange Rechnung getragen. Die Staatsregierung hat sich, wie bekannt, entschlossen, die im Finanzgesetz be- willigten Mittel für Neubauten und Bauunterhaltungs- arbeiten so schnell wie möglich zu verwenden, dann bei weiterem unbestreitbaren sachlichen Bedürfnis auch über den Rahmen des Finanzgesetzes hinaus solche Hoch- und Tiefbauten, für welche die grundsätzliche Zustimmung des Landtags durch Bewilligung von Teilbeträgen be- reits zum Ausdruck gekommen ist, zu fördern und bring- liche Bauunterhaltungsarbeiten auszuführen. Endlich sind die Behörden bereits damit beschäftigt, weitere Bauarbeiten für den Fall eines weiteren unumgänglich notwendigen Bedarfes, sei es im Kriege, sei es alsbald nach dessen Ende, vorzubereiten.

Auch auf die Bautätigkeit der Kreise, Distrikte, Ge- meinden, Kirchensitzungen und Kirchengemeinden hat die Staatsregierung nach Möglichkeit fördernd einzuwirken gesucht. Sie hat in wiederholten Ausschreiben und Be- sprechungen dem Baugewerbe die Wichtigkeit der möglich-

ungestörte Fortgang unserer Volkswirtschaft und damit die Fortführung der in Angriff oder in Aussicht genommenen Arbeiten und Aufträge ist. Sie hat sich weiter um die Beschaffung billigen Kredits bemüht und hierzu die Landesversicherungsanstalten veranlaßt, Gemeinden für öffentliche Arbeiten, die größerer Arbeitslosigkeit entgegenwirken geeignet sind, billige Darlehen zu dem Zinsfuß, wie es vor dem Kriege bestand, in sehr beträchtlichen Beträgen vorzusetzen; des weiteren übernimmt die L. Versicherungsanstalt auf Veranlassung der Staatsregierung Renten scheme der Landeskultur-Rentenanstalt unter billigen Bedingungen zugunsten der Gemeinden, die zu neu aufzuführenden Kleinwohnungsbauten für sich selbst oder für Genossenschaftlichen Landeskultur-Rentendarlehen aufnehmen.

Auf dem Gebiete der Vergabe gehen wohl schon die bestehenden Vorschriften genügend Handhaben, Mißstände auszuschließen. Der öffentliche Wettbewerb aber kann um einer dem Arbeitsmarkt angemessenen Preisbildung willen und wegen gleichmäßiger Behandlung der Arbeitslosen nicht ausgeschlossen werden. Schlichterangeboten werden bei Vergabungen nicht berücksichtigt. Die Kriegsarbeitsgemeinschaft kann sich verdient machen, wenn sie mit den Behörden vertrauensvolles Zusammenwirken pflegt und diesen ihre Wahrnehmungen über Auswüchse des Verdingungswesens rückhaltlos mitteilt. Der weitere Ausbau der Vergabevorschriften ist in Behandlung.

Im übrigen nimmt die staatliche und auch die gesamte öffentliche Bautätigkeit nur einen verhältnismäßig bescheidenen Raum im Rahmen der gesamten Bautätigkeit ein; nachhaltige umfassende Hilfe für das Baugewerbe ist daher nur vom Wiedereinstellen stärkerer privater Bautätigkeit zu erwarten. Die Frage, wie diese staatlich gefördert werden kann, bildet den Gegenstand meiner besonderen Sorge.

gez. Dr. Frhr. v. Soden.

Im Monat Mai sind noch die nachstehenden Antworten eingegangen:

Sachsen-Altenburg.

Königlich Sächsisches Ministerium Altenburg, Abteilung des Innern: Die in der Eingabe vom 31. Oktober 1914 ausgesprochenen Wünsche sind hier, soweit angängig, bereits berücksichtigt worden.

Preußen.

Preussischer Minister der öffentlichen Arbeiten: Dem Zentralausschuß der Kriegsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe habe ich in Erwiderung der an das Königlich Staatsministerium gerichteten Eingabe vom 11. März d. J. und zugleich mit Hinweis auf die Eingabe vom 17. Oktober v. J. durch meinen Bescheid vom 14. März d. J. V. 51. D. 3757. III. 433. C. B. eingehende Mitteilung von den Anordnungen gemacht, die ich zur Hebung der Bautätigkeit und zur Behebung des Bau- und Verdingungswesens während des Krieges getroffen habe. Die Vergabe der Arbeiten hat sich bisher ohne Anstand in den Formen abgepielt, die nach den allgemeinen Vorschriften hierfür anzuwenden sind. Ein Bedürfnis, hier eine Aenderung einzutreten zu lassen, hat sich nicht ergeben. Hierdurch erledigt sich für mein Ressort auch die am 1. März mit der Adresse „an die hohen Ministerien der deutschen Bundesstaaten“ dem Königlich Staatsministerium eingereichte Eingabe, bei der es mir im übrigen zweifelhaft ist, ob ihr Inhalt den für die einzelnen Verbände bestehenden Verhältnissen überall Rechnung trägt. Dem Arbeitsmarkt wird von den mir unterstellten Verwaltungsgängen auch in der Folge die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

(Wemerkung: In der Eingabe vom 1. März waren die Ministerien gebeten worden, den Bezirksausschüssen die Unterlagen für die zu vergebenden Arbeiten rechtzeitig zu übersenden und sie zur Vorlage von Angeboten zu veranlassen.)

Handelskammer zu Berlin.

Auf Ihre Eingabe an das Königlich Preussische Kriegsministerium vom 12. März d. J., die uns zur Bescheidung abgegeben worden ist, erwidern wir Ihnen ergebenst, daß bisher bei der Verteilung der Kriegsaufträge die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Betriebe berücksichtigt worden sind. Wenn auch von den bisher getroffenen Maßnahmen zu erwarten ist, daß dem großen Mangel an den landwirtschaftlichen Produkten abgeholfen werden wird, so machen nach wie vor die gewaltigen Lücken in den Pferdebeständen ihre Ergänzung äußerst dringlich. Es ist daher eine vorzugsweise Berücksichtigung der Landwirtschaft auch jetzt noch geboten.

Inwiefern es möglich sein, den dringenden Anträgen aus den Kreisen des Handels und der Industrie auf Zuteilung von Kriegsanbaubehelfen Dienst- und Zugpferden stattzugeben. Die Zuteilung wird jedoch auf solche Betriebe zu beschränken sein, die gemeinnützigen oder öffentlichen Zwecken dienen, oder denen Lieferungen für die Armee und Marine aufgetragen sind und die die erforderlichen Zugtiere nur unter großen Schwierigkeiten erwerben können. Ihre Anmerkungen stellen wir Ihnen mit dem Hinweis mit, daß wir die Angelegenheit in der Folge mit dem Kriegsministerium in der Sache sind, daß es sich um besonders dringliche Fälle handelt und daß die berücksichtigten Vorschläge prüfen.

Verbandsnachrichten

Sie machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 11. Juni, der 11. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig ist.

Die Mitglieder sind ersucht, die Beiträge bis zum 11. Juni zu zahlen.

hat eine gewaltige Lücke in unsere Reihen gerissen. Am zweiten Quartalschluß 1914 zählten wir noch 376 Mitglieder, während am Jahreschluß nur noch 28 vorhanden waren. Ebenso ist die Bautätigkeit der Feste „Friedrich-Heinrich“, wie auch die der privaten Betriebe gewaltig zurückgegangen. Nur die noch vorgehenden Kolonnenbauten usw. kommen zur Ausführung. Eine große Mißstimmung erregte folgende Maßnahme der Firmen Gebr. B. und S. u. W., indem alle Bauarbeiter, welche dort beschäftigt waren, von August 1914 ab 3 Proz. ihres Lohnes für das Rote Kreuz, den Kriegerbund und für Unterstützung der Kriegerfrauen zahlen mußten. Auf die Anfrage vieler Bauarbeiter, wer dies angeregt habe, lautete die Antwort, das hätten die Arbeitervertreter (?) beschlossen. Nicht etwa, daß unsere Kollegen nicht bereit waren, in dieser großen, ersten Zeit ein Opfer zu bringen, sie möchten aber gerne wissen, wie die Verteilung vor sich ging und wozu es verwandt wurde. Auch die Gemeindeverwaltung erhob eine Extrasteuer im Betrage der Staats Einkommensteuer von allen. Daß unter den angeführten Maßnahmen die gewerkschaftliche Organisation leiden mußte, ist ohne allen Zweifel. Gab es doch früher und auch heute noch eine Anzahl Kollegen, welche glauben, nicht in der Lage zu sein, den Beitrag für den Verband zahlen zu können. Für alle, welche so denken, wäre es eine heilsame Kur, wenn sie einige Wochen im Schützengraben oder bei der Armierung tätig sein müßten. In der letzten Mitgliederversammlung am 12. Juni, welche verhältnismäßig gut besucht war, wurde obige Frage abermals laut, daß es noch Mitglieder gibt, die sich 4-6 Wochen das Verbandsorgan in die Wohnung stellen lassen, aber den Hilfsleistungen von einer Woche zur anderen mit der Bezahlung der Beiträge verträuen.



- Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:
- Dietrich Dreikluft. Zahlstelle Sieboldehausen.
 - Jos. Seidler. Zahlstelle Silberstein.
 - Joh. Koelmer. Zahlstelle Joppot, Bauhilfsarbeiter.
 - Johann Grabosch. Zahlstelle Gelsenkirchen.
 - Wilh. Kehler aus Simmershausen. Zahlstelle Dortmund, Maurer.
 - Willi Sahn. Zahlstelle Hannover, Maurer.
 - Wilhelm Gleifstein. Zahlstelle Berge.
 - Johann Szesny. Zahlstelle Grocholub.
 - Joseph Sanocha. Zahlstelle Lindau a. Sarz.
 - Anton Blume. Zahlstelle Westhausen.
 - Soachim Vollmer. Zahlstelle Freienohl.
 - Jos. Gödler. Zahlstelle Essen, Maurer.
 - Joseph Sorg aus Marldorf. Zahlstelle Essen, Maurer.
- Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 972 brave Kollegen entzissen.

Alle diese Kollegen wissen ganz gut, daß die Beiträge heute angeführt für Unterstützung der Familienangehörigen unserer im Felde stehenden Kollegen verwandt werden. Trotz alledem diese unvernünftige Handlungsweise. Weiter wurde gerügt, daß die Firmen Gebr. Bleckmann und Koch u. Wreden statt der achtägigen die vierzehntägige Wohnung eingeführt hätten. Verlangt nun einer Vorstoß in der Mitte der Lohnperiode, dann werde er ihm abgeschlagen und die Entlassung angedroht. Nachstens wird es wohl noch heißen, wenn Sie nicht wollen, dann melden Sie sich auf dem Bezirkskommando, der Beststellungsbescheid ist fertig. Bei der Firma Gebr. Bleckmann kann es vorkommen, daß, wenn ein Arbeiter kurz nach der Wohnung eintritt, er, wo sechs Arbeitstage einbezahlt werden, drei Wochen arbeiten muß, bis er einmal Geld in die Hände bekommt. Gewiß wollen wir nicht verkennen, daß in den ersten Wochen des Krieges die Beschaffung des Geldes für die Wohnungen Schwierigkeiten bereitet, auch die Einziehung des Bureaupersonals verzögert wurde. Demgegenüber kann auch gesagt werden, daß heute nicht der zehnte Teil der Leute auszulohnen ist, wie vor dem Kriege. Diese Vertragsverletzungen werden wir uns auf die Dauer nicht bieten lassen dürfen. Jede Forderung bedeutet eine Preisgabe unserer Erfolge auf gewerkschaftlichem Gebiete. Solche Vertragsverletzungen sind aber nur möglich gewesen, weil viele unserer Kollegen in der Kriegszeit ihre gewerkschaftlichen Pflichten vernachlässigt haben. Die Zukunftslosigkeit und Unruhe muß auch im Kriege wieder abgestreift werden. Besonders werden wir uns die werden müssen, welche aus egoistischen Gründen ihre Beiträge nicht zahlen und einen großen Teil in der Verdingung noch abschließen, ihre gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen. Ihre Loren, welche geschickt haben, mit dem Kriege kann man die gewerkschaftliche Jugend abspülen, immer sich sehr.

Bei vielen eifrigsten, überzeugungstreuen Mitgliedern löste obige geschilderte Haltung der Egoisten Erbitterung aus; recht oft hört man die Worte: „Nur mal erst den Krieg vorbei sein und die Kollegen an dem Felde sind wieder da, dann räumen wir mit dem aber gehörig auf.“ Letzteren aber möchten wir zu Schlüssen zuzagen: Wir alle, die wir heute noch im Felde sind, wollen nicht warten, bis unsere Kollegen aus dem Felde zurückkommen, nein, schon die Kriegszeit wollen wir benutzen, um jene aus ihrer Verblendung zurückzuholen. So wie unsere Kollegen im Felde jeder einzeln seine ganze Kraft für die Erhaltung der deutschen Nation einsetzen muß, so wollen wir Daheimgebliebenen unsere letzten Kräfte für die Erhaltung unserer Organisation einsetzen. Denn nur die gewerkschaftliche Organisation wird auch in Zukunft den Machtfaktor bilden, aus der wir Bauarbeiter Nutzen und Erfolge für einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg erzielen können. Nicht dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß nach dem Kriege um Bauarbeiter die gebrauchten Tauben nur so in den Müll fliegen werden. Wollen wir bei weiteren Tarifverträgen abschließen uns vor Enttäuschungen bewahren, dann sorgen wir dafür, daß auch der letzte Bauarbeiter für unsere Verbände gewonnen wird. Nur dann, wenn sie alle in unseren Reihen stehen, gewerkschaftlich fühlen, denken und handeln, werden weltweite wirtschaftliche Erfolge uns sicher sein.

Soziale Rechtsprechung

Um den Lohn geprellt. Schuldlos um seinen Lohn gebracht wurde ein Maurer, so entnehmen wir der „Vaterländischen Volkszeitung“, der bei der Baufirma Bosman u. Knauer arbeitete, seinen Lohn aber nicht direkt von der Firma, sondern durch Vermittlung des Führers einer Kolonnenkompanie bezog. An diesen Führer wird ein Aktor insgesamt vergeben, und er sucht sich nun seinerseits die erforderliche Zahl von Arbeitern, die er entlohnt. Die Firma zahlt an ihn nur den gesamten Aktorsatz. Der Maurer hat nun von dem Kolonnenführer, der bei der Firma plötzlich aufhörte, seinen Lohn nicht erhalten, obwohl die Firma Bosman u. Knauer ihre gesamten Verbindlichkeiten erfüllt zu haben behauptet. Da von dem Kolonnenführer nichts zu holen ist, klagt der Maurer vor dem Gewerbegericht gegen die Firma auf Erstattung des Lohnes für die von ihm geleistete Arbeit. In der Verhandlung wurde von dem Vertreter der Firma nachgewiesen, daß sie den Lohn für den Kläger an den Kolonnenführer bezahlt hat, dieser habe ihn aber offenbar für andere Zwecke verwendet. Es hätten sich noch zwei weitere Maurer gemeldet, die ebenfalls auf diese Weise um ihren verdienten Lohn gekommen wären.

Der Kolonnenführer mußte als Zeuge zugeben, daß er den Lohn für den Kläger erhalten habe. Der Kläger wäre aber bei der Lohnzahlung nicht anwesend gewesen. Daher habe er das Geld eingesteckt. Er habe es dann später, wie auch in den beiden anderen Fällen, deshalb nicht mehr ausgezahlt, weil er nach seinem Austritt aus der Firma an diese eine größere Forderung hatte. Werde diese ihm gegenüber erfüllt, dann würden die Arbeiter auch ihren Lohn bekommen. Der Vertreter der Firma bestritt, daß der Zeuge noch Forderungen habe.

Das Gericht mußte die Klage des Arbeiters abweisen, weil er gewußt haben müsse, daß er nur von dem Kolonnenführer angestellt war. Die Firma habe ihre Verbindlichkeiten erfüllt, und der Kläger müsse sich an den Kolonnenführer halten. Dieser erklärte, er sei mittellos.

Bücherschau

„Die Landung auf den Dardanellen“, welche die verbündeten Engländer und Franzosen zur Eroberung von Konstantinopel und damit zur Wiederherstellung des türkischen Reiches vorgenommen haben, hat die Blicke der ganzen Welt auf sich gezogen. Nach den schweren Verlusten im bulgarisch-türkischen Kriege war man sehr im Zweifel, ob die türkische Armee imstande war, den gewaltigen Anstürmen, welche England und Frankreich zu Wasser und zu Lande gegen die Türkei ansetzten, siegreich zu begegnen. Ueber diese Kämpfe befindet sich in den neuesten Heften 30-32 von Bong's illustrierter Kriegsgeschichte „Der Krieg 1914/15 in Wort und Bild“ (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W 57, wöchentlich ein Heft zum Preise von 30 Pf.) eine von sachverständiger Feder geschriebene Darstellung, zu der der bekannte Marinehistoriker Professor Willi Störmer ein Bild: „Türkische Truppen werfen die bei Lake Burnu gelandeten Engländer im Bajonettkampf ins Meer zurück“, geliefert hat, wodurch der Wert des Artikels bedeutend erhöht wird. Aus dem großen Inhalt der Beiträge des Krieges in Einzeldarstellungen seien ferner genannt: „Deutsche Truppen erzwingen den Übergang über den Herkanal“, „Die Ravennatenkämpfe in der Osterschlacht“, „Der Untergang der Lusitania“, „Der Untergang des „Leon Gambetta“, „Luftbombardement auf Walsby“, „Kanonengräber“, „Ein echtes Manensstück“ u. a. m. Diese überaus interessanten, den letzten Ereignissen auf den Kriegsschauplätzen zu Wasser und zu Lande entnommenen Vorgänge sind mit Bildern unserer ersten Kriegsmaler versehen.

Bekanntmachung

Die Verwaltungsstellen-Vorstände, in deren Bereich arbeitslose Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sich befinden, möchten dies umgehend dem Hauptvorstand mitteilen. In verschiedenen Stellen besteht ein großer Mangel an diesen Arbeitern. Der Hauptvorstand wird allmählich den betr. Verwaltungsstellen Mitteilung zukommen lassen.